



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Aufforderung zum Lohnabbau.

Nicht von der Aufforderung der Unternehmer zum Lohnabbau soll hier die Rede sein. Bei ihnen handelt es sich, selbst wenn sie ihr Verlangen mit volkswirtschaftlichen Argumenten zu stützen trachten, vor allem um die Steigerung der Gewinne und, was die Durchführung anbelangt, um eine Machfrage. Es gibt aber auch ernst zu nehmende Wirtschaftspolitiker, welche der Notwendigkeit eines Lohnabbaus für die gegenwärtige Periode der deutschen Wirtschaft das Wort reden und Argumente hierfür bei der Hand haben. So finden wir z. B. in der Zeitschrift „Magazin der Wirtschaft“, die sonst für die sozialen Forderungen der Arbeiterschaft einzutreten pflegt, diese Argumente so ziemlich vollständig beisammen. Mit diesen wollen wir uns hier auseinandersetzen.

Die Argumente, mit welchen man die Notwendigkeit des Lohnabbaus oder zumindest eine Steigerung des Lohnes zu vertreten pflegt, können wir in drei Gruppen einteilen.

In die erste Gruppe gehört die Drohung, daß bei einem hohen Lohnniveau statt menschlicher Arbeitskraft Maschinen in den Betrieb eingeführt werden. „Nur erhebliche Lohnsenkung“, heißt es im „Magazin der Wirtschaft“, „also relative Verbilligung der Arbeitskraft im Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Maschinen, kann den Unternehmer bewegen, einen großen Teil seiner Geldmittel zur Beschäftigung von Arbeitern zu verwenden, also mit gegebenem Gesamtkapital eine größere Anzahl menschlicher Arbeitskräfte in Bewegung zu setzen. Umgekehrt wird er bei starker Lohnerhöhung die Einführung arbeitssparender Maschinen billiger finden und auf diesem Wege zahlreiche menschliche Arbeitskräfte durch Maschinenarbeit ersetzen. In der gegenwärtigen Situation, in der die Kapitalbildung immer noch wesentlich kleiner ist als vor dem Kriege, ist also die Aussicht für die Arbeitslosen, in absehbarer Zeit ohne allgemeine Senkung des Lohnniveaus wieder Beschäftigung zu finden, sehr gering.“

Von dieser Beweisführung ist vor allem richtig, daß gegenwärtig arbeitssparende Maschinen, welche Arbeitskräfte überflüssig machen, in der Tat in vielen Industrieländern und in wachsendem Umfang eingeführt werden. Ja, es liegt in diesem Punkt ein sehr wichtiges und ernst zu nehmendes Problem der wirtschaftlichen Entwicklung vor. Dieser Vorgang hängt u. E. nicht immer unmittelbar mit Lohnfragen zusammen. So wenn die Einführung arbeitssparender Maschinen dann des technischen Fortschrittes so vorteilhaft ist, daß selbst, wenn die Arbeiter eine außerordentliche Senkung des Lohnniveaus, sogar unter das Existenzminimum, gefallen lassen würden, die Unternehmer auch dann nicht auf die Maschinen verzichten wollten. In anderen Fällen ist zwar ein Zusammenhang zwischen arbeitssparenden Maschinen und Arbeitskraft vorhanden, wo jedoch die Maschinen nicht wegen der hohen Löhne, sondern infolge Arbeitsmangels eingestellt werden, wie in den Vereinigten Staaten, wo die Einschränkung der Einwanderung und die große Konjunktur einen beträchtlichen Arbeitermangel und damit die Notwendigkeit der Einstellung arbeitssparender Maschinen hervorrief. Es soll freilich nicht bestritten werden, daß oft auch deshalb arbeitssparende Maschinen eingestellt werden, weil diese billiger als die menschliche Arbeitskraft sind und daß größere Lohnsteigerungen vielfach den Anlaß hierzu gegeben haben. So wird z. B. über Schweden berichtet, daß dort das hohe Lohnniveau — die schwedischen Löhne sind ungleich höher als z. B. die deutschen — die Unternehmer in der Schwerindustrie zur Einführung neuer arbeitssparender Maschinen veranlaßte. Auch im Falle Schwedens glauben wir jedoch, daß die Lohnsteigerung nur den Anlaß zur Beschaffung dieser Maschinen geboten hat, die Ersparnisse aber, die durch die neuen Maschinen erzielt werden (bei dem in Schweden üblichen Kapitalzins, worauf wir noch zurückkommen) selbst von einem erheblichen Lohnabbau nicht hätten weit gemacht werden können. Der springende Punkt ist

aber u. E. die Frage der Kapitalkraft, und hier glauben wir, daß die Sache gerade umgekehrt liegt, wie im „Magazin der Wirtschaft“ behauptet wird. Weil nämlich in Deutschland die Kapitalbedürfnisse dünn sind und die Kapitalbildung langsam vor sich geht, so wird behauptet — arbeitssparende Maschinen eingeführt werden. Nun sind aber diese Maschinen bekanntlich außerordentlich teuer. Sie können nur beschafft werden, wenn große Kapitalien zur Verfügung stehen. Dazu kommt noch die Frage des Kapitalzins. Solange dieser in Deutschland so übermäßig hoch ist, solange also das für Anschaffung der neuen Maschinen benötigte Kapital hoch verzinst werden muß, wird man mit der Beschaffung dieser Maschinen zurückhaltend sein. Im Gegenteil: bei rascher Kapitalbildung und bei niedrigem Kapitalzins würden die arbeitssparenden Maschinen viel eher eingeführt werden können. Schon Marx hat auf diese Zusammenhänge hingewiesen: Je mehr das produktive Kapital wächst, sagt Marx, desto mehr dehnt sich die Teilung der Arbeit und die Anwendung der Maschinen aus, und um ebensoviel dehnt sich die Konkurrenz unter den Arbeitern aus, ziehe sich ihr Lohn zusammen. „Wächst das Kapital rasch, so wächst ungleich rascher die Konkurrenz unter den Arbeitern.“ Wie Professor Zwienedin in seiner jüngst erschienenen Arbeit über die „Lohnpreisbildung“ ausführt, hemmt hoher Kapitalzins die Arbeitererfahrung durch Maschinen und bewirkt auf dem Arbeitsmarkt eine höhere Rentabilitätsgrenze für die Arbeitereinstellung.

In die zweite Gruppe gehört der Hinweis auf das sehr vermehrte Angebot der Arbeiter auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Es werden uns lehrreiche Ziffern mitgeteilt; nach den Angaben des Reichsfinanzministeriums muß mit 22½ bis 23 Millionen Arbeitern und Angestellten gegen circa 21 Millionen im Jahr der letzten Berufszählung 1907 gerechnet werden, einem Jahr, in dem die Bevölkerung Deutschlands auf dem damaligen Reichsgebiet etwa ebenso groß war, wie heute auf dem jetzigen Reichsgebiet. Nach den ziemlich zuverlässigen Schätzungen eines bekannten Statistikers darf man annehmen, daß heute die Zahl der Berufstätigen mit rund 30 Millionen um nicht weniger als 3 Millionen, d. h. um ziemlich den vollen Betrag der Arbeitslosen und Kurzarbeiter größer ist als vor dem Kriege. Was soll nun damit bewiesen werden? Daß das Vorhandensein einer industriellen Reservearmee dank der Bevölkerungsvermehrung und anderer Gründe (Frauenarbeit, Eintritt von Rentnern in den Arbeitsmarkt usw.) das Lohnniveau drückt, ist eine bekannte Tatsache, und als solche kann sie nur festgestellt, nicht aber auch gefordert werden. Ebenso ist es eine Tatsache, daß die Gewerkschaften als Organisationen der Arbeiter, insofern sie stark und leistungsfähig sind, diese lohnenkende Wirkung des Ueberangebots von Arbeitskräften zum Teil weit zu machen vermögen, indem sie durch ihre Macht den Lohnabbau verhindern und daß auch die (vor allem durch die Gewerkschaften erkämpfte) Arbeitslosenfürsorge ebenfalls diese Wirkung hat. Damit dieser Einrückung ist für die Arbeiter dem Unternehmer in Zeiten der Krise nicht mehr los ausgeliefert. Es sind aber nicht diese „außerwirtschaftlichen“ Momente, die den Theoretikern des Lohnabbaus bei Feststellung des Ueberangebots auf dem Arbeitsmarkt vorschweben, sondern sie möchten die Unvermeidlichkeit des Lohnabbaus mit wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten begründen. Es wird behauptet, daß, obwohl die Reallohn der Facharbeiter immer noch hinter dem Lohnniveau der Vorkriegszeit zurückbleiben, „sehr erhebliche Kapitalmengen bezahlt werden müssen, wenn sämtliche jetzt vorhandenen Erwerbstätigen bei den heutigen Löhnen Beschäftigung finden sollen“. Hier handelt es sich also um die Auffrischung der sogenannten Lohnfondstheorie. Dieser liegt die Vorstellung zugrunde, daß in einem gewissen Zeitpunkt ein Kapitalfonds in der Volkswirtschaft für Lohnzahlungen vorhanden ist, aus welchem die Löhne gezahlt werden. Dieser Fonds reicht bei gegebener Lohnhöhe für die Unterhaltung

einer Anzahl von Arbeitern aus, mehr Arbeiter können demnach nur bei Lohnabbau eingestellt werden. Es ist hier nicht der Ort, sich mit dieser starken, die sich ständig weitertreibende Natur der kapitalistischen Produktion vernachlässigenden Lohnfondstheorie auseinanderzusetzen. Sie ist für jeden Fall unrichtig. Auch über sie soll hier nur der Ausdruck Zwienedins in seiner jüngsten Arbeit angeführt werden: „Ueber die Lohnfondstheorie, die vom Lohnfonds als einer bestimmten Größe ausgeht, kann in der Tat das Urteil gefällt werden, daß sie von ganz unklaren Vorstellungen über das Wesen des Produktionsprozesses getragen ist.“ Kein Zweifel, daß die Arbeitslöhne in einem kapitalreichen Lande höher sein können als in einem kapitalarmen (wenn auch durch ausländische Anleihen ein gewisser Ausgleich geschaffen werden kann). Es ist aber abwegig, ein festes Verhältnis zwischen vorhandenem Kapital und Lohnhöhe anzunehmen.

Eng verwandt mit diesen Argumenten ist das dritte, das von der Kapitalbildung überhaupt ausgeht. Für die Fortführung der Produktion ist die Kapitalbildung unerlässlich notwendig. Diese Wahrheit kann von niemandem bestritten werden. Auch steht es fest, daß die Kapitalausstattung der deutschen Wirtschaft infolge der Verwüstungen des Krieges und der Inflationszeit heute wesentlich ungünstiger ist als vor dem Kriege, vor allem was das Betriebskapital anbelangt. Infolge Mangels an Betriebskapital ist eine Stöckung des Zirkulationsprozesses eingetreten. Weiterhin wird aber gesagt, daß die erforderliche Kapitalbildung nur aus Gewinnen der Unternehmer, nicht aber aus Ersparnissen der Lohn- und Gehaltsempfänger erreicht werden könne. Während nämlich die Unternehmer nur einen verhältnismäßig geringen Teil ihres Einkommens zu ihrem Verbrauch verwenden, den anderen aber in der Produktion fruchtbar anlegen, pflegen die Lohn- und Gehaltsempfänger, bis sie nicht ihre Bedürfnisse gesättigt haben, ihr Einkommen zu verzehren. In dieser Behauptung liegt eine große Unterschätzung des Verbrauchs und des Luxussumms der selbständigen Unternehmer in Industrie, Landwirtschaft und Handel, der in Wirklichkeit eine große Rolle spielt. Die Ersparnisse der Arbeitnehmer betragen im vergangenen Jahr bei niedrigem Lohnniveau und bei lange zurückgestellten Bedürfnissen etwa 1½ bis 2 Milliarden Mark, ein nicht zu unterschätzender Betrag für die Kapitalbildung, der die Hoffnung gibt, daß bei höherem Lohnniveau und bei fortschreitender Anschaffung von lebensnotwendigen Gegenständen die Ersparnisse sich wesentlich erhöhen werden. Insofern aber vom Arbeitereinkommen, wovon die hohen Steuern bereits einen großen Teil dem Verbrauch entziehen, lebensnotwendige Bedürfnisse befriedigt werden, wenn nämlich Teile dieses Einkommens für bessere Befahrung oder für menschenwürdige Bekleidung verwendet werden, so muß eine solche Verwendung der zu raschen, erzwungenen Akkumulation durch Gewinne vorgezogen werden. Bei zu rascher Akkumulation auf Kosten der Arbeiter müßte die Produktion wegen Arbeitsmangels wieder eingeschränkt werden. Vor allem kann man aber aus sozialen Gründen den Arbeitern nicht noch größere Entbehrungen auferlegen als sie schon heute zu erleiden haben. Dies könnte auch mit dem Schlagwort „Kapitalbildung“ nicht entzündigt werden. U. S.

Arbeiterjugend und Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften sind erst verhältnismäßig spät dazu gelangt, sich eingehender mit der jugendlichen Arbeiterschaft zu befassen, insbesondere zu versuchen, sie in die Gewerkschaften hereinzuziehen. Das kann um so mehr bedauern, als sich infolge der industriellen Entwicklung Deutschlands die Zahl der erwerbstätigen Jugendlichen ständig vermehrt. Allein von 1895 bis 1907 stieg die Zahl der jugendlichen Arbeiter im Alter von 14 bis 18 Jahren von 3 679 938 auf 4 024 786, also um rund 38 Prozent. Diese Zunahme der Jugendlichen in Industrie und Gewerbe war für die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse nicht ohne Bedeutung

und konnte deshalb von den Gewerkschaften nicht unbeachtet bleiben. Wenn trotzdem von ihrer Seite nichts unternommen wurde mit den Jugendlichen in engere Fühlung zu gelangen, und man sich lediglich damit begnügte, für den Ausbau des sie betreffenden gesetzlichen Arbeiterrechtes einzutreten, so hatte das einen sehr einfachen Grund. Dieser ergab sich aus den rückständigen vereinsrechtlichen Vorschriften der hinter uns liegenden Zeit, die den Gewerkschaften keine Möglichkeit boten, sich eingehender mit den jugendlichen Arbeitern zu beschäftigen.

Das geltende Vereinsgesetz untersagte den Jugendlichen unter 18 Jahren, politischen Vereinen beizutreten oder an öffentlichen politischen Versammlungen teilzunehmen. Gesah es dennoch, so verfielen sie der Bestrafung und die Vereinigungen der Auflösung. Da nun auch die Gewerkschaften als politische Vereinigungen angesehen wurden, mußten sie schon um ihrer Existenz willen auf eine Heranziehung der Jugend verzichten. So blieb der Arbeiterjugend, wenn sie sich dem Einfluß der konfessionellen Jugendvereinigungen nicht unterstellen wollte, nichts anderes übrig, alles zu versuchen, eigene Vereinigungen zu gründen. Damit hatte es aber ebenfalls seine Schwierigkeiten, denn auch die Vereine der jugendlichen Arbeiter wurden für politisch erklärt, selbst wenn in ihnen niemals ein politisches Wort gesprochen wurde. Sogar die Arbeiterturnvereine wurden als politische Vereine behandelt und ihnen die Aufnahme von Jugendlichen verboten. Wo das Vereinsgesetz hierzu nicht ausreichte, griff man zu den Zwangsmitteln der Schulaufsicht, die das Turnen der Minderjährigen als „Unterricht“ stempelte und von der Erlaubnis der Schulbehörde abhängig machte. Diese politische Rechtfertigung der Jugend wurde durch das Reichsvereinsgesetz vom Jahre 1908 nicht beseitigt. Auch die polizeiliche Schutzmäßigkeit der Gewerkschaften blieb bestehen und wenn diese infolge der scharfen sozialdemokratischen Angriffe gegen die Regierung im Reichstage allmählich nachließ, so dauerte es doch noch längere Zeit, bis die für die Gewerkschaften bestehende Rechtslage sich soweit geklärt hatte, daß sie ohne Gefahr einer Auflösung riskieren konnten, auch jugendliche Mitglieder aufzunehmen.

Aus dieser Unsicherheit der Verhältnisse konnten die Gewerkschaften sich erst seit dem Jahre 1908 eingehender mit der Organisation der Arbeiterjugend befassen und vermodete die Frage der Heranziehung des „gewerkschaftlichen Nachwuchses“ für sie eine praktische Gestalt anzunehmen. Von dem Bund der technischen Angestellten und Beamten abgesehen, der schon vor 1908 den Versuch zur Organisation des jugendlichen Nachwuchses unternahm, fällt der Beginn der gewerkschaftlichen Jugendarbeit in die folgenden Jahre. Der Verband der Lithographen und Steindruckern nahm dieselbe 1908, der deutsche Metallarbeiterverband 1909, der Buchbinderverband 1912, der Verband der Bekleidungsarbeiter, Bauarbeiter, Buchdrucker, Angestellten im Jahre 1913 auf. Ihnen folgten die übrigen Gewerkschaften. Die unter den Jugendlichen mit Unterstützung besonderer Jugendzeitschriften und Jugendabteilungen unternommene gewerkschaftliche Werbungstätigkeit hatte beachtenswerte Erfolge aufzuweisen. So wies z. B. 1922 von den gewerkschaftlichen Verbänden an jugendlichen Mitgliedern auf: Metallarbeiter 224 907, Fabrikarbeiter 39 000, Bergarbeiter 30 000, Holzarbeiter 18 035, Transportarbeiter 14 527, Buchbinder 13 393, Buchdrucker 10 600, Zimmerer 10 000, Bauarbeiter 7 300, Bekleidungsarbeiter 5 830, Lithographen und Steindruckern 1 604, Lederarbeiter 1 141, Seinarbeiter 983 usw. Für unseren Verband liegen genaue Angaben über die Zahl der jugendlichen Mitglieder nicht vor. Insgesamt waren rund 500 000 jugendliche Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge freigewerkschaftlich organisiert.

Wißt man diese Zahl mit der Gesamtzahl der in

Industrie und Gewerbe beschäftigten Jugendlichen, so vermag sie natürlich nicht zu befriedigen und dieser Vergleich wirkt noch niederdrückender, weil festzustellen ist, daß im Jahresdurchschnitt 1924 nur noch 169 404 jugendliche gewerkschaftlich organisiert waren. Es darf jedoch nicht unberücksichtigt bleiben, daß die gleichen Einflüsse, die in dieser Zeit einen so erheblichen Rückgang der jugendlichen Mitglieder herbeiführten, das gleiche bei den erwachsenen Arbeitern veranlaßten. Wie immer in solchen Fällen hat dieser Rückgang in den Kreisen der älteren gewerkschaftlichen Mitglieder eine recht pessimistische Stimmung gegen die Werbearbeit unter den Jugendlichen hervorgerufen, die sich in oft bitterer und wegwerfender Weise äußert. Es ist der gleiche Pessimismus, der lange Zeit gegenüber der Organisationsfähigkeit der Arbeiterinnen bestand und die Werbearbeitigkeit beeinträchtigte. Wie die späteren Erfahrungen zeigten, mit Unrecht. Daß die Fluktuation hier stärker ist als bei den männlichen Arbeitern, soll nicht bestritten werden. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß die Frauen und Jugendlichen in Krisenzeiten einem wesentlich härteren wirtschaftlichen Drucke unterliegen. Dennoch ist der Unterschied nicht allzu groß. Während z. B. im Jahre 1924 die von 41 Gewerkschaften festgestellte Abnahme der männlichen Mitglieder 34,1 Proz. betrug, stellte sie sich bei den weiblichen Mitgliedern auf 39,6 und bei den Jugendlichen auf 35,7 Proz. Ein Grund zu der Annahme, daß die Bemühungen zur Heranziehung der Jugendlichen fruchtlos seien und die aufwendende Agitationsarbeit nicht lohnen, ist also nicht vorhanden. Diese Arbeit muß, und zwar in verstärktem Maße geleistet werden, denn von ihr hängt zum guten Teil die Zukunft der Gewerkschaften, ja der Arbeiterbewegung überhaupt ab.

Die Gewerkschaften sind auf die Heranziehung des jugendlichen Nachwuchses angewiesen. Nicht nur, um ihre Reihen zu stärken, die Jugendlichen bevor zu bewahren, daß sie ihren älteren Klassengenossen bei Kämpfen in den Rücken fallen, indem sie zu Streikbrechern werden, sondern auch aus gewerkschaftlichen Erziehungsgründen. Die seither geübte Agitationsmethode zur Heranziehung von Mitgliedern genügt nicht, um die gewerkschaftlichen Ziele durchzusetzen. Sie beschränkt sich in der Hauptsache darauf, gelegentlich von Lohnkämpfen Mitglieder zu gewinnen, indem man den der Organisation fernstehenden Arbeitern die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses zur Durchsetzung der aufgestellten Forderungen vor Augen führt. Auf diese Weise haben die Gewerkschaften zahlreiche Mitglieder gewonnen, hinterher aber auch wieder verloren, weil nicht fortgesetzt Lohnkämpfe geführt werden können, damit aber die Aussicht auf baldige weitere Vorteile fehlte. Was den Gewerkschaften so von den genannten Mitgliedern erhalten blieb, waren nur Arbeiter, die weiter zu sehen vermochten, das notwendige Verständnis für die Schwierigkeiten besaßen, die den Gewerkschaften aus der Verletzung ihrer Interessen erwachsen, kurz: bei denen das Klassenbewußtsein erwacht war. Die übrigen, die sich lediglich vom augenblicklichen Vorteil locken lassen, spalteten ab, weil sie die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht zu begreifen vermochten, die den Arbeitern die gewerkschaftliche Organisation als Notwendigkeit aufzwingen, wenn sie sozial höher steigen wollen.

Dieser Zustand, das An- und Abschwellen der gewerkschaftlichen Mitgliederziffern muß bestehen bleiben, so lange die Arbeiter lediglich Gefühlsmomente oder egoistischen Triebe folgen und ihre Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation nicht aus einer durch den Verband diktierten Solidarität bestimmt wird. Diese verstandesmäßige Solidarität kann bei den Arbeitern aber nur durch eine lange gewerkschaftliche Erziehungsarbeit herbeigeführt werden, wobei es der Zweckmäßigkeit entspricht, diese möglichst früh

bei der in die Berufe und in die Industriebetriebe hereinströmenden Jugend begegnen zu lassen. Anfängliche Mißerfolge dürfen deshalb von der Fortsetzung der begonnenen Erziehungsarbeit nicht abschrecken, sondern müssen im Gegenteil dazu anspornen, sie unter Ausmerzung begangener Fehler noch energischer zu betreiben.

Die Syndizal.

Das deutsche Unternehmertum kann angeblich die „soziale Belastung der deutschen Wirtschaft“ nicht tragen. Krankenkasse, Unfallversicherung, Invalidenversicherung und Unfallversicherung, außerdem die Erwerbslosenversicherungsbeiträge machen die Wirtschaft „konkurrenzunfähig“. Dazu leiden die Unternehmer noch sehr unter den „hohen Löhnen und Gehältern“, sowie vor allem unter den „unproduktiven“ Untertanen. Es ist fälschlich ein Jammer!

Nur einen Lichtstrahl gibt es in diesem Elend, das sind die „Syndizal“ — die Mehrzahl von „Syndizal“. Diese Leute halten die Wirtschaft aufrecht. Meist sind diese Herren jung an Jahren, sie haben auf der Universität Recht, und zwar speziell Arbeitsrecht, „gehört“. Das ist ihr Fundus, damit treten sie ins Leben. Von einem Betrieb haben sie keine Ahnung. Daß die Arbeiter und Angestellten Menschen sind, das ist ihnen ganz unbekannt. Alles baut sich bei ihnen aus Paragraphen auf. Wo ein pernickelhaftes Wort große Konflikte auslösen könnte, da schaffen sie Syndizal einen Paragraphen dazwischen.

Sehe Arbeitgebervereinigung hat einen oder mehrere dieser Syndizal und der Stolz jedes größten Betriebes sind ebenfalls eine oder mehrere dieser Personen, die in dem Unternehmen die „Sozialabteilung“ bilden. Hier wachen sie eifrig darüber, daß aus jedem Arbeiter ein „Fall“ entsteht, den man mit Paragraphen behandeln und aus Prinzip durchsetzen muß.

In den amerikanischen Großschlachtereien gibt es abgerichtete Leitoschen. Die für die Schlachtkanin bestimmen Tiere wittern das Blut, werden störrisch und wollen die Bahn nicht betreten, die in den Tod führt. Dem Leitoschen ist diese Bahn vertraut, er tragt sie vernünftig, denn für ihn führt sie durch eine andere Tür, wo gutes Futter seiner regelmäßige harret. Die anderen, die ihm gutgläubig gefolgt sind, werden nun weitergestoßen und rennen in das Messer ihres Schlächters. Dem Leitoschen kann man diese Rolle nicht übernehmen. Es ist ein Tier, das nur weiß, daß ihm gutes Futter winkt. Das ist sein einziger Instinkt, der Mallesion seiner Ram-raden ist und bleibt ihm unbekannt.

Die Syndizal sind auch regelmäßig nicht mit Glücksgütern gesegnet. Sie müssen arbeiten, um zu leben. Sie sind also auch Arbeitnehmer und ihre Aufgabe ist es, ihre Arbeitssorgen mit allen Mitteln niederzuhalten. Dafür lassen sie sich begablen; denn sie müssen ja leben. Aber die Syndizal wissen, daß auch die anderen Arbeitnehmer leben müssen. Deshalb verwenden sie ihr „Wissen“ dazu, ihre Mitsotlegen zu schädigen. Sie wollen das vielleicht gar nicht, aber sie müssen es und sie wissen, was sie tun. Es mag sogar für manche Syndizal tragisch sein, eine solche Rolle zu spielen, zumal die Bezahlung für den Kampf gegen die eigene Klasse noch nicht einmal gut ist.

Man hat die Syndizal oft mit den Gewerkschaftssekretären verglichen und die Syndizal lieben es auch, diesen Vergleich zu ziehen. Aber der Vergleich stimmt nicht. Der Gewerkschaftssekretär ist Fleisch vom Fleische derjenigen, die er vertritt. Was er tut, das ist seine Weltanschauung. Sein ganzes Streben geht dahin, seinen Mitsotlegen, die er vertritt, zu helfen. Der Gewerkschaftssekretär ist geliebten, was er immer war, ein Arbeitnehmer. Der Syndizal dagegen — nun wir haben es im vorigen Abschnitt gesagt und es

Berge erbarmten sich der Tiefe.

Stizze von Franz Rothensfelder.

1.

Wem war es nur eingefallen, dem wunderwollen Berggewand einen schübligen Fled-Fabrikador einzustülkeln, gerade da, wo der Saum des Kreides in reichgewickelten grünen Spigen noch leise das Tal streift?

Wem anders als dem Wildbach, der sich dafür rächen wollte, daß man ihn zu schnell aus dem Wärdreich der Höhlenluft erwarbt jagte, oder der selbst in kalender Neugierde auf die unermesslichen Ebenen geriet und gleich beim Taleintritt Vergünstigung ertausen wollte: sicher ist eins, sein starkes Gefälle hatte einigen Herren von scharfem Gehör nach Gold gestungen, so daß sie erst die Kräfte des Viehwaches und dann die der Bevölkerung einfingen, um an der Spinnerlei und Weberei vermögens zu werden. Sonst freut sich niemand über den Einfall der wilden Wasser: ein Stück Natur schien entwelt und Menschen der Arbeit waren in dieser wunderwollen Gegend fast noch ärmer als die Kameraden in der Großstadt.

Wenn ich die schlichte Geschichte, die sich hier abspielt, für das Gedächtnis festhielt, so lag dies wohl im Reich des Bewusstseins, der Berge und Bergmengen als etwas Selbstverständliches und die Geschlossenheit nur noch Erhöbendes gegeben ist — so wie die Wirkung eines gewissen Gemäldes durch die Schöpftheit in den Einzelgegenständen nur noch sinnvoller wird.

Wielicht deshalb. Oder auch, weil alles, was geschieht, nur ein Gleichnis, und, wenn es gut ist, ein Vorbild darstellt. Hier besetzte der Riesennisse eines jungen Mädchens

aus der Fabrik den Tod und hatte für sich und viele andere Licht und Freude der Sonnennähe.

Und wenn man weiß, wieviel es in steinernem Elend großer Städte Menschen gibt, die gerne mit einem Beispiel folgen, so muß man erzählen. Ganz doch alles so schlicht und einfach. Aber weil es so ganz harmlos ist und in der Welt der ewigen Berge geschah — so hört die Geschichte von dem Mädchen und dem Berggeist!

2.

Kein Mensch hätte es für möglich gehalten, daß die flehgebährige Gertrud, das schönste, aber auch das flehgebährigste Mädchen der Fabrik, einen Feind besitzen könnte. Nur sie selbst glaubte an diesen Feind und ihm wandte sich ihr fast noch kindlicher Zorn zu. Sie ballte die Hände wider den allzu behäbigen Medizinrat, der den Bergen und nicht der Gluthölle der Fabrik die Schuld an ihrem Blutpucken gegeben hatte. Da ließ man vom Morgenrauen bis zum Abenddämmern im Lärm, der die Sinne quält, in Blut, die jedes Denken zum Stillstand brachte, darfuß und hastig mit der Maschine vor und zurück und band mit riesigen Händen die gerissenen Fäden. Manche machten dies, die zwei, drei Stunden zur Fabrik wandern mußten, um noch viel mehr zu müder Heimkehr zu benötigen — und nicht dies Dual in Hungeriron, die Berge, die einzigen Freunde eines armen Arbeitsmenschen, sollten Schuld am Siechtum des Volkes, so vielen verkümmerten, armüßigsten Volkes tragen?

„Nein, an meinen Bergen will ich gefunden, oder in ihrer Freiheit sterben — aber der Tiefe da lebe ich nicht allein!“

Und dann begann Gertrud zu verwirrtlichen: die Luft der Berge mußte ihr eine neue Lunge geben, der

Körper mußte sich im Erklattern schwerzugänglicher Stellen so lästern, daß nichts ihm mehr gefährlich werden konnte, sie selbst wollte zerbrechen, wollte aus sich heraus, um ein Teil des Tagelohns zu werden.

„Wielicht werde ich das Ende damit beschleunigen. Um so besser. Ich bin nicht zum Siechtum, ich bin zur Freude und zu etwas Tüchtigem geschaffen.“

Damit begann der Kampf um die Berge.

3.

Ne dauert der Schlaf länger als vom Arbeitende bis Mitternacht. Dann kam das geheimnisvolle Verschwinden, von dem durch die ganze Sieblung schon das Gerücht lief.

Einmal hatte sich der gute Vorrat Gertrud mit so namenlos betrieber Wiene zugewendet, doch sie rasch mit vorgehaltenem Taktchen entwich, um nicht unerschreiblich zu schelten. Die Mutter sagte zum Vorrat nur: „Mein Kind ist brav, es will in der Natur gesund werden. Wer hilft ihm hier? Ich habe genug mit meinen armen Toten geteilt, dem Mann, der starb, ehe er vierzig war, den beiden Söhnen, denen der Krieg nach den letzten nachwarf. Und nun soll das Kind, das ihre Mutter erdicht, auch noch hinstehen. Wenn es sein muß, so soll sie wenigstens dabei sich etwas Trost und Hilfe verschaffen.“

Bald sprach das Dorf davon. Ein Mensch, der tagsüber arbeitet, klettert nachts in den Bergen umher und sing belnache an besser auszugehen. Ding das mit rechten Dingen zu?

Man hielt Kriegsrat und beschloß, auf den Grund der Sache zu gehen. Die tapfersten unter den Mädchen erkärten sich bereit, des Nachts heimlich zu folgen. Aber, als es zur Ausführung kam, begann der Mut zu wanken und nur die Begleitung einiger junger Burtschen brachte die alle

gestiftet uns nicht, diese traurigen Feststellungen zu wiederholen.

Aufgabe der Syndikate ist es, Lohnverhandlungen zu führen. Seit es so ist, nehmen die Verhandlungen von Partei zu Partei immer mehr an Bedeutung ab. Die Schlichtungsinstanzen müssen den Streit schlichten. Vor den Schlichtungsausschüssen erscheinen sie dann, die Syndikate, die jugendlichen Wangen gerötet, und das zwar noch nicht ausdrucksvolle, aber entwicklungs-fähige Gesicht von Schminke bedeckt.

Das Trauerspiel, das nun beginnt, ist jedem Gewerkschaftssekretär bekannt. Syndikus und Sachliche sind angeblich Begriffe, die sich denken. Ein Syndikus verschleppt angeblich nie, es liegt ihm angeblich stets auch das Interesse der Gegenpartei am Herzen. Also wird bei Eintritt in die Tagung sanft bemängelt, daß die Ladung nicht richtig sei. Dieser Irrtum klärt sich nach längerer Zeit auf. Dann stimmt die Bezeugung der Besitzer auf Unternehmensebene nicht. Durch Beschluß der Kammer wird auch das geregelt. Worauf man sich wundert, daß sich die Unternehmerbeisitzer nicht selbst für besangenen halten, was diese auch jetzt noch nicht tun. Nun stellt sich aber heraus, daß gegen die Gewerkschaften noch ein Prozeß „Schwebel“, dessen Ende abzuwarten ist. Es wird ermittelt, daß dieser Prozeß nicht mehr Schwebel, sondern zungunsten der Unternehmer am Boden liegt. Nun wird die Aktivlegitimation der Gewerkschaften angezweifelt. Auch hierüber wächst schließlich Gras. Immer wiederholt wird der Einwand gemacht, die Arbeitnehmer seien ja zufrieden, sie wollten keinen Tarifvertrag. Nach alledem werden Teile der verschiedensten deutschen Gesetze verlesen, die mit dem vorliegenden Fall nicht in Verbindung stehen. So geht es Stunde um Stunde. Die Arbeitnehmerbeisitzer und die Gewerkschaftsvertreter als Opfer dieser Komödie sind am Ende ihrer Kraft. Mancher schwere Streit ist schon entstanden, weil die Unternehmer zu den Verhandlungen nicht Männer mit praktischer Erfahrung, sondern nur ihre Syndikate geschickt haben, deren Hauch alles Leben zum Verborenen bringt.

Groß ist die Belastung der deutschen Wirtschaft durch die Behälter der vielen Syndikate und riesig sind die Verluste derselben Wirtschaft, die infolge der Tätigkeit der Syndikate von einem Konflikt in den anderen getrieben wird. Die Arbeitmenschen und ihre Gewerkschaften lassen sich heute nicht mehr durch Paragrafen erlösen.

Professor Dr. Edel-Mannheim schildert in der „Deutschen Wertmeister-Zeitung“ vom 22. Januar 1926 die Syndikate treffend folgendermaßen: „So zum Beispiel ist es doch durchaus unerfreulich, wenn man sieht, wie Schriftsteller, die damals die revolutionären Erregungsfaktoren auf dem Gebiet des Arbeitsrechts geradezu dysthimbrisch gefeiert haben, jetzt, als Arbeitgeberin schreiben, einen Teil des Gebäudes nach dem anderen unterhöhlen wollen. Nicht minder unerfreulich ist es, zu sehen, wie die sogenannte konstruktive Jurisprudenz (das heißt das Operieren nach juristischen Gedankenschemata ohne Rücksicht auf das praktische Ergebnis, oder anders ausgedrückt, das „Steine geben statt Brot“) auch auf dem Gebiete des Arbeitsrechts immer mehr Einzug hält.“

Diese Feststellung ist noch sehr vorsichtig, die Wirklichkeit ist viel schlimmer. Millionen Arbeitnehmer gehören keiner Gewerkschaft an und schwächen so die Kräfte der Gewerkschaften. Eine Arbeitnehmerbewegung kann sich aber nie entfalten, deren Gegner diese Schwäche mit juristischen Zwirnsfäden vollends fesseln.

Wieseltig werden die Syndikate dereinst den Gewerkschaften noch einmal dafür Dank wissen, daß sie durch die Befreiung der Arbeit auch wieder Menschen sein können. Uns aber ist die Aufgabe geworden, durch Schaffung starker Gewerkschaften alle Widerstände zu überwinden. **Clemens Körpel.**

Entschlossenheit zurück — ohne daß es gelungen wäre, aus den ersten Nächten von irgenwelchen Beobachtungen zu berichten.

4. Man müßte Sterbende, die nie etwas vom Leben hatten, auf Berge bringen, um sie in letzter Stunde alles erduldet Leid vergessen zu lassen. Es hat noch keiner ausgedrückt, was hier oben als Wort in die menschliche Seele bringt. Erde und Himmel sind gleichermäßen erfüllt, um eine Unendlichkeit der Schönheit zu verkünden, von den goldbraunen Felsen, über die silberne Wasserfälle gleiten, bis zu den Schneemulden im goldenen Sonnenchein, den Tannen, die mit Nadelnarmen nach den Himmeln, mit den Wurzeln nach dem Herzen der Erdbenen greifen und den Wunderwäseln mit den farbenfreudigsten Blumen des Erdenantlitzes.

Hier, wo sich dem Blick die wunderbaren samtgrünen Waldhöhen mit den ewigen Gleisstrahlen öffnen, war die unglückliche Gertrud am Abend nach der ärztlichen Eröffnung niedergebunden und hatte, eine Seltenheit bei den Arbeitsmenschen einer Schilmer, zu weinen vermocht. Ein Sagdudn hatte sie mitleidig aufgesüßert und seinen Herrn herbeigeholt.

Menschen, die sich nie haben, sind auf Berggipfen zu einander wie Geschwister. Als Gertrud alles erzählt hatte, bat Thomas, der junge Fortschaffst, das Mädchen, am anderen Tage wiederkommen, um von ihm ein altbewährtes Mittel zu empfangen. Den Entschluß, hier jeden Tag den Sonnenaufgang zu begrüßen, lobte er. Gesundheit müsse man sich erlangen — wie die Natur selbst überall getan. Und dabei wies er auf die gewaltigen Wägen, die sich die Wasser gebrochen, und auf die Klüften, die auf schwindelhaften Höhen sich festgalt hielten. Und auf dies

Warenhäuser mit Einheitspreisen.

In der Tagespresse und zum Teil auch in Gewerkschaftszeitungen machte kürzlich die Kunde, welcher den Verbrauchern ein funktionsgelungenes Betriebssystem im Handel vor Augen führte. Und es war einlgermaßen erschauend, belnabe auf feinerer Kritik der amerikanischen Neuheit zu stehen, deren Charakteristimum eben darin besteht, daß in diesen Warenhäusern und ihren Verkaufsstellen sämtliche Artikel zu Einheitspreisen verkauft werden. Um 50 Pf. oder auch um 1 Mk. ist alles zu haben, was das Herz begehrt. Nun ja, 50 Pf.-Bazare hat es schon zur Kindheitsperiode der jetzigen Generation gegeben, aber es lebt kein Mensch in Deutschland, welcher jemals die Empfindung gehabt haben könnte, daß dieses Einheitspreissystem auch nur einen Vorzug gegenüber dem üblichen privatwirtschaftlichen Warenhandel aufgewiesen hätte. Und demgemäß vegetierte dieses „allerneueste“ Verkaufssystem, das immerhin schon 40 bis 50 Jahre alt ist, in einigen Exemplaren der Groß- und Mittelfläche nur so dahin. Ganz richtig bemerkte das größte deutsche Gewerkschaftsorgan, die „Metallarbeiterzeitung“, daß der Erfolg dieser Warenhäuser mit Einheitspreisen davon abhängt, daß sie ihre Vorräte fortlaufend erhalten und nicht nur Ramschwaren anbieten können.

Sowohl, hängt der „Erfolg“ davon ab und noch von einigen anderen Dingen. Und was wäre es dann außerdem für ein „Erfolg“? Sicherlich kein Erfolg der Verbraucher, sondern einer des kapitalwirtschaftlichen Profitstrebens, dem wiederum die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Verbraucher, vor allem der Arbeiter, zum Opfer fallen würden, ohne an der volkswirtschaftlichen Struktur im ganzen auch nur ein Jota zu ändern.

Was an der Idee der 50 Pf.-Bazare Gutes war, das haben die großen, zur Vollkommenheit ausgebauten Warenhäuser begriffen, indem sie dafür sorgten, daß man sich „von der Wiege bis zum Grab“ an Ort und Stelle kleiden und die Haushaltung einrichten könnte. Wenn auch nicht zu Einheitspreisen. Diese Einheitspreise werden zu einer Einstufung werden, denn es ist bei aller Anerkennung amerikanischer Typisierung doch recht schlecht einzusehen, wie Qualität der Waren verschiedenster Art, Geschmack und Anprüfche der Bevölkerung und noch die Preise dazu — alles unter einem 50 Pf.- oder 1 Mark-Hut gebracht werden können. Man kann Autos, Maschinen, Fensterrahmen und Häuser, Verzehrmittel und noch einiges dazu normen und typisieren — Amerika gibt Beispiele dafür —, was kein Unglück ist. Aber eine Dummheit wäre es, zu glauben, daß der Riesentempel der Warenbedürfnisse für den menschlichen Haushalt auf dem Wege der Einheitspreise — verbilligt werden könnte.

Und darauf kommt es doch an. Nicht darauf, ob eine Idee aus dem Lande Barnums „Erfolg“ hat oder nicht. Denn dieser ewige Erfolg wird, wie schon gesagt, ein solcher des Kapitalprofits und weder der Verbraucher im allgemeinen, noch der Arbeiter im besonderen sein.

Etwas anderes ist es, wenn der bekannte Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Hirsch bei einem Vortrag in der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft den Gedanken einer honorigen Vertretung der Handelsgeschäfte vertrat und eine „Verbreiterung des Füllsystems“ forderte, um die ungeheuren Kosten der Warenverteilung zu vermindern.

Aber dieser Gedanke, dem eine rein privatwirtschaftliche Denkweise zugrunde liegt, ist im Wesen der gesellschaftlichen Wirtschaftsfaktoren enthalten und man braucht diese wirklich nur „auf nationaler Stufenleiter“ zu entwickeln, wie einmal ein gewisser Karl Marx sagte, um ihre Ergebnisse in einer Verminderung der Kosten der Warenverteilung zu erken. Dann aber nicht für den Kapitalprofit, sondern für den gesellschaftlich organisierten Verbraucher. Und ohne jede Schädigung wirtschaftskultureller Interessen, die schließlich doch auch noch etwas wert sind für das elementare menschliche Streben, das Leben lebenswert zu machen.

Die großen Konsumgenossenschaften haben strotzende Waren- und Geschäftshäuser, nützen also eine kapitalistische Wirtschaftsmethode für die gesellschaftliche Wirtschaftsform aus mit einem Erfolg für die Verbraucher. Und die „Verbreiterung des Füllsystems“, wo Hunderte von Verkaufsstellen einem kapitalistischen Unternehmen oder einem Konzern solcher gehören und nach einheitlichen Gesichtspunkten geleitet werden, wer sollte nicht erkennen, daß gerade die Konsumgenossenschaften ausgerechnet dieses System in einem Umfang entwickelt haben, der beweist, daß dieselben in der Tat den gesellschaftlichen Grundgedanken

und das, und man traf sich wieder, nachdem sich der Fortschaffst eine Probe des Blutauswurfs hatte geben lassen, um sie einem berühmten Arzt zu schicken.

Und einmal hatte Thomas eine Frage gestellt, die plötzlich dem Mädchen das ganze Unglück zu enthüllen schien — nein, ihr war das Recht an Leben und Liebe genommen, wer sie liebte, der mußte bereit sein, mit zugrunde zu gehen.

Als Thomas fragte, ob sie ihn lieben könne, wenn sie sich gesund wüßte, sah sie ihn groß an und — entließ. Und beide Menschen wußten, daß es für sie nur mehr einen gemeinsamen Weg gab — gleich, ob zum Leben oder zum Sterben.

Das war vierundzwanzig Stunden zuvor gewesen, ehe die Deute aus dem Fabrikdorf sich endlich der eigentlichen nächstlichen Aufgabe erinnerte, der Sache, die nicht mit rechten Dingen vor sich ging, auf die Spur kam.

5. In wenigen Strichen ist's gezeichnet, wie es zuletzt geschah, um erst richtig zu beginnen. „Keine Gefahr! heiraten!“ lautete die Antwort des Professors. Da ging gerade die Sonne auf und zwei junge Menschen küßten sich. Und ein Hund hielt einen jungen Arbeiter an der Hofe fest, bis sein Herr nachsah, was los sei.

„Marsch, alle hierher, sonst hoch der Hund!“ Da kamen drei Mädchen und erzählten — auch das, daß es ihnen ja um ganz anderes zu tun war als um Spionieren. Und dann wurden die Bergweiser gelübbert und ein lustiger Hochzeitszug langte im Dorf an, wo Gertrud den Bräutigam zur Mutter führte.

„Mutter, ich bin gesund!“ jubelte das Mädchen. „Scheint so“, meinte die Mutter und lachte zum ersten Male seit einem Jahrzehnt, als sie sich dem Paare zuwandte.

einer rationellen Warenverteilung richtig erfasst und ihm bereits zum praktischen Erfolg verholfen haben in einer Zeit, wo man in „Weltwirtschaftlichen Gesellschaften“ von ihm als einem theoretischen Problem spricht. Dieser Erfolg gehört allerdings wiederum — den gesellschaftlichen Verbrauchern. Und nicht dem Kapitalprofit.

Wenn nun letzten Endes die größte Erfolge in dem stillen Ringen nicht nur um die Seele des Käufers, sondern um eine neue Wirtschaftsform beständen, dann, dann dem tiefer blühenden Volkswirtschaftler kaum zweifelhaft sein. Die privatkapitalistische Wirtschaft normt und typisiert Waren; denn mit Menschen kann man dies nicht machen. Die gesellschaftliche Wirtschaft aber organisiert — Menschen, „a man sie nicht normen und typisieren kann. Und darin ist der ungeheure Vorsprung der gesellschaftlichen Wirtschaftsform begründet, daß die für einen Wirtschaftszweck organisierten Menschen durch ihre Organisation die „ungeheuren Kosten der Warenverteilung“ vermindern können, ohne durch willkürliche, mechanische Einheitspreise der Qualität, dem Geschmack und dem Bedürfnis Gewalt anzutun und den Erfolg als Kapitalprofit dem Industrie- oder Handelskapital, oder beiden zusammen in die Tasche zu jagen. Was immer wider zeigt, daß es zwar nicht leichter, aber zweckmäßiger ist, Menschen zu organisieren, als Dinge zu normen.

Die volkswirtschaftliche Zweckmäßigkeit der gesellschaftlichen Warenverteilungsmethode und die Überlegenheit der gesellschaftlichen Wirtschaftsform gegenüber der kapitalistischen sind also feststehende Tatsachen. Und es handelt sich wirklich nur darum, aus diesen Tatsachen die volle Zuganwendung zu ziehen, indem man unablässig an der Ausbreitung des Genossenschaftswesens und an der Ausdehnung der Genossenschaftswirtschaft arbeitet.

Ist Streitunterstützung einkommensteuerpflichtig?

Bersiebentlich haben Finanzämter bei Anträgen auf Rückerstattung ungelohnter Lohnsteuer für das Jahr 1925 auch von Gewerkschaften gezahlte Streitunterstützung als Einkommensteuern in Anrechnung gebracht und infolgedessen die zurückerstatteten Beträge einsehend getürzt, oder, falls einschließliche der Streitunterstützung der Feuerlei Lohnbetrag erreicht war, den Antrag abgelehnt. Auf eine Beschwerde des Vorstandes des DGB, an das Reichsfinanzministerium ist unterm 5. März folgender Bescheid erteilt worden:

„Nach den von mir angestellten Ermittlungen hat sich kein Anhaltspunkt dafür ergeben, daß das Finanzamt bei Errechnung des zu erstattenden Hofsteuerbetrages nach dem bisherigen § 93 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes die von den Antragstellern während der Dauer des Streiks oder der Erwerbslosigkeit außerhalb ihres festen Arbeitsverhältnisses möglicherweise durch Gelegenheitsarbeit in anderer Weise verdienten, aber nicht erweisenen Beträge berücksichtigt hat. Dagegen hat das Finanzamt irrtümlicherweise die Streitunterstützungen mit in Anschlag gebracht, obwohl sie nicht als Arbeitslohn anzusehen sind. Ich habe das Finanzamt entsprechend angewiesen.“

Für die Zukunft regeln sich die Erstattungen für 1925 nach dem Runderlaß vom 26. Februar 1926 — III c 1050 —.

Streitunterstützung darf also nicht als Einkommen veranlagt werden.

In Nr. 11 der „Gewerkschaftszeitung“ ist alles Weltenschöne aus diesem erwähnten Runderlaß veröffentlicht.

Verhehlerte Betriebsmitteilung.

Wie die Unternehmer durch kurzfristige Betriebsmitteilungen die Bestimmungen des BetrG. umgehen und unangenehme Betriebsmitglieder los werden wollen, zeigt uns ein Fall, der sich in Hannover zugetragen hat. Der betreffende Unternehmer ist aber dabei an die falsche Adresse gekommen. Ein Urteil des Reichsgerichts, das prinzipielle Bedeutung hat, hat dem klagenden Betriebsmitglied Recht gegeben. Wir entnehmen dem „Vorwärts“:

Dem Korrespondenten für Auslandsverkehr und Betriebsratsmitglied H. von der Firma R. in E. bei Hannover wurde Mitte Mai 1924 ebenso wie dem größten Teil der Arbeiter und Angestellten zum 30. Juni gekündigt, mit der Begründung, daß eine Stilllegung des Betriebes beabsichtigt werde. Die Zustimmung des Betriebsrats ist nicht eingeholt worden. Deshalb und weil nach seiner Ansicht eine Betriebsmitteilung weder beabsichtigt noch erfolgt sei, beehrte H. die Fortzahlung seines Gehalts von monatlich 230 Mk. für die Zeit vom 1. Juli 1924 bis zur Ertragung einer neuen Stellung. Das Landgericht Hannover wies die Klage ab, das Oberlandesgericht Celle erkannte nur einen Anspruch auf Gehaltszahlung bis Ende Juni 1925 an, während das Reichsgericht die Beklagte in vollem Umfang verurteilte. Allgemeines Interesse beanspruchen die folgenden Entscheidungsgründe der höchsten Instanz: Der Arbeitgeber ist nach § 96 des Betriebsrätegesetzes bei Kündigung eines Mitglieds der Betriebsvertretung von der Zustimmung der letzteren entbunden, wenn er seinen Betrieb stilllegt und infolgedessen Betriebsratsmitglieder entläßt und entlassen muß. Von einer Betriebsmitteilung nach Sinn und Geist des Gesetzes kann aber nur dann die Rede sein, wenn diese ihren Grund und ihre Rechtfertigung darin findet, daß der Unternehmer die Erzeugung von Sachwerten für eine wirtschaftlich nicht unerhebliche Zeitspanne einstellt und damit die Erreichung des Betriebes und Gemeinschaftszweckes unmöglich macht. Unter die Ausnahmefälle können auch aber schließlicherdings nicht fallen, wenn der Unternehmer sämtliche Arbeiter entläßt, um nach wenigen Tagen den Betrieb mit einem Teil der bisherigen Arbeiter oder mit anderen wieder aufzunehmen. Damit wäre der Umgebung des Gesetzes Tira und Tor geöffnet und in den rechts- und sozialpolitischen Schutz der Arbeitnehmer gegen willkürliche Kündigungen eine schärflich nicht gerechtfertigte Breche geschaffen. Eine derartige Bevorzugung des Arbeitnehmers und Hintenanstellung der Interessen der wirtschaftlich schwächeren Arbeitnehmer hat der Gesetzgeber sicher nicht gewollt. Im gegebenen Falle kann von einer Betriebsmitteilung im Rechtsinne nicht die Rede sein, sondern nur von einer Betriebsunterbrechung, einer die Aufhebung des Kündigungsbeschlusses nicht rechtfertigenden Arbeitspause. Wädglich ist, daß die vorzeltige schnelle Wieder-

eröffnung eines Betriebes infolge einer nicht vorhergesehenen plötzlichen Veränderung der Verhältnisse erfolgt. Das kommt aber vorliegend nicht in Betracht. Es war von vornherein nur eine vorübergehende Schließung des Betriebes auf etwa acht Tage gedacht, es war der Versuch, die bestehenden Umstellungsmöglichkeiten zur Vermeidung aller, insbesondere der aus dem Betriebsstrategie sich ergebenden Schwierigkeiten und zur Wahrung völliger Handlungsfreiheit der Firma in das Gewand einer Stilllegung zu kleiden. (M. S. 111. 425/25.)

Internationale Sommerschule.

Der Internationale Gewerkschaftsbund veranstaltet in diesem Jahre nur eine Sommerschule; sie wird vom 18. bis 31. Juli in der Arbeiterhochschule in Uccle (Belgien) stattfinden.

Die genannte Arbeiterhochschule ist in der unmittelbaren Umgebung von Brüssel gelegen und in eigenen Häusern untergebracht, so daß sich zwei große Vorteile ergeben: einmal, daß sich die Sommerschule im Mittelpunkt der nahe gelegenen großen Industriezentren befindet, davon ganz abgesehen, daß Brüssel selbst dem Besucher eine Fülle des Interessanten in kultureller, historischer und gewerblicher Beziehung bietet; und daß sich andererseits die Stille der Lage und der ländliche Rahmen ganz ausgezeichnet für Studium und Diskussionen eignen.

Der größere Teil des zwei Wochen umfassenden Aufenthaltes wird der Beschäftigung von industriell und kulturell bedeutenden belgischen Städten gewidmet sein. Es sind in Aussicht genommen: Antwerpen, Charleroi, Waterloo, Lüttich, Neuchin, Gent und selbstredend Brüssel. Durchschnittlich wird jeden Tag ein Vortrag über eine gewerkschaftliche Materie gehalten werden. Verschiedene bekannte Führer der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung wurden aufgefordert, an der Sommerschule mitzuwirken. Bis heute haben bereits zugestimmt: E. Mertens (Sekretär der belgischen Gewerkschaftskommission), L. de Broedre (Professor an der Brüsseler Universität und Mitglied des belgischen Senats), die über „Die soziale und politische Lage in Belgien“ und „Die sozialistische Bewegung in Belgien“ sprechen werden. Ferner Delsinne (Leiter der Arbeiterhochschule in Uccle), der über die Genossenschaftsbewegung referieren wird. Auch über die internationale Gewerkschaftsbewegung werden einige Vorträge gehalten werden.

Die Referate werden in deutscher, französischer und englischer Sprache gehalten, doch wird jeder Vortrag durch hierzu kompetente Personen übersetzt werden. Die Dauer der Vorträge wurde auf eine Stunde festgesetzt, während für die anschließende Diskussion eine bis anderthalb Stunden vorgezogen sind.

Der Beitrag für Beförderung, Unterkunft und Schulgeld für vierzehn Tage beläuft sich auf 3 Pfund Sterling und 15 Schilling. In diesem Betrag sind auch die Kosten für Exkursionen inbegriffen, die per Eisenbahn oder Gesellschaftswagen erfolgen (2. Klasse Bahn).

Da die Unterkunstmöglichkeiten in diesem Jahre sehr beschränkt sind, ist es ratsam, sich möglichst früh zur Teilnahme zu melden.

John W. Brown, Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, ist mit der Leitung der Sommerschule betraut.

Wie es gemacht wird.

Ein Beitrag zur Preisfestsetzung.

„Beta“. Die Firma Johannes Gerold G. m. b. H. in Berlin bietet ihren Kunden Kaffee Hag zum Preise von 1,80 Mk. für 200-Gramm-Päckchen an, offenbar, weil sie bei dieser Preisfestsetzung noch auf ihre Kosten kommt und bestehen kann. Was tut die Herstellerin des Kaffee Hag, die Kaffee-Handels-Altien-Gesellschaft in Bremen? Sie zwingt die Firma Gerold unter Androhung der Lieferungs-einstellung, den Preis für ein Päckchen auf 2 Mk. zu erhöhen und verhindert eine Preisfestkung. Da mühen sich also Regierung, Parlamente, Konsumenten und ein Teil der Presse Tag für Tag ab, die Abnahmlichkeiten durch Preisfestkung zu steigern. Hier aber entrollt sich wieder das alte Bild: Nur ja jede Möglichkeit einer Preisreduzierung unterbinden. Die Gewinne müssen möglichst hoch gehalten werden, damit in ganz kurzer Zeit die durch die Inflation verlorengegangenen Kapitalien auf Kosten der Arbeiter, Angestellten und Beamten wieder eingeholt werden. Daneben aber schreit man über die den Staat auffressenden Beamten.

Aus den Zahlstellen.

Kaiserslautern. Am Freitag, den 12. März, hielt die Zahlstelle Kaiserslautern im Gewerkschaftshaus ihre diesjährige Generalversammlung ab. Kollege Hahn er gab den Geschäftsbericht, dem sich der Kassierbericht des Kollegen Krautwurfs angeschlossen. Der kurze Diskussions teil zu entnehmen, daß die Kollegen mit der Tätigkeit des Gesamtvorstandes voll und ganz zufrieden sind. Neben das Lohn- und Tarifabkommen referierte Kollege Krautwurf. Er billigte das Verhalten des Hauptvorstandes. Nach seinen Ausführungen kam einmütig zum Ausdruck, daß die Kollegen bei den nächsten Verhandlungen mit aller Energie für noch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten werden. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden Kollege Hahn als 1. Vorsitzender, Kollege Krautwurf als 1. Kassierer und Kollegin Sidga Weber als 1. Schriftführerin wiedergewählt und außer diesen die Kollegen Herrn. Tafeln, Luise Burgard und Karl Siegfried hinzugewählt. Nachdem noch der Vorsitzende die Kollegen und Kolleginnen auf die Pflicht zum Einzeichnen in die Listen für das Volksbegehren hingewiesen hatte, fand die gut besuchte und harmonisch verlaufene Versammlung ihr Ende.

Königsberg i. Pr. Unsere Generalversammlung am 5. März im Gewerkschaftshaus war gut besucht. Stand doch als erster Punkt auf der Tagesordnung: Bericht über die Kündigung und Neugestaltung unseres Reichstarifs. Auch hier im Osten haben die Prinzipale durch die Tarifkündigung ein schönes Stück Arbeit für unsere Organisation geleistet. Nicht nur die organisierte Mitgliedschaft war wachgerüttelt, sondern auch unorganisierte hatten plötzlich die Situation erkannt, waren zur Versammlung gekommen und ließen sich zum großen Teil in die Organisation aufnehmen. So war diese Kündigung ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

Der Vorsitzende führte den Hinweisenden von Augen, was gekommen wäre, wenn die Unternehmer ihren Willen hätten durchsetzen können. Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, der Ferien, der Arbeitszeit und Leberlunbenbezahlung wären die Folgen gewesen. Er forderte die Kollegenschaft auf, immer so auf dem Bösen und nach zu sein, dann werden es die Prinzipale überhaupt nicht mehr wagen, uns den Reichstarif zu kündigen. Es muß ein jeder dafür sorgen, daß die paar Unorganisierten auch noch für die Organisation gewonnen werden. Folgende Resolution fand begeisterte und einstimmige Annahme: „Die zu der Generalversammlung fast vollständig erschienene Mitgliedschaft der Zahlstelle Königsberg i. Pr. betand auf das ausdrückliche, daß sie stets bereit war und auch fernerhin bereit ist, jede Anordnung des Hauptvorstandes auf genaueste zu befolgen. Sie stand auch in der Zeit der Kündigung des Reichstarifs kampfbereit, um zu jeder Zeit den Kampf aufnehmen zu können. Sie spricht der Verbandsleitung und der Verhandlungskommission ihre volle Anerkennung aus und versichert, alles daranzusetzen, um den Reichstarif zu erhalten und zu verbessern.“

Dann gab der Vorsitzende Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes. Er wies darauf hin, daß 18 Klagen beim Gewerbe- und Arbeitsgericht sich nötig gemacht hatten. Obgleich wir am Ort keinen paritätischen Arbeitsnachweis haben, konnte für 32 Kolleginnen Arbeit vermittelt werden. Im Kassenbericht, den der Kassierer gab, sind folgende Einnahmen und Ausgaben zu verzeichnen: Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 6405,30 Mk., die Ausgaben 1008,33 Mk., so daß 5396,96 Mk. der Hauptkasse überwiesen werden konnten. Die Einnahmen der Lokalkasse waren 1492,08 Mk., die Ausgaben 1245,45 Mk., verbleibt ein Ortstassenbestand von 246,65 Mk. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit des Kassenbestandes und dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Bei den Wahlen wurde der alte Vorstand wieder, zu Revisoren wurde der Kollege Kaschinsky wieder, und Kollege Weidhardt neugewählt.

Unter Verschiedenes wurde Bericht über das am 14. Februar abgehaltene Winterfest gegeben. Der Festausflug wurde beauftragt, zum Sommer eine Dampferfahrt vorzubereiten. Zum Schluß wurden die Mitglieder eindringlich ermahnt, sich der jetzigen Volksbewegung anzuschließen und sich in die Listen zum Volksbegehren gegen Fürstenabfindung einzutragen.

Mainz. In der Generalversammlung am 9. März gab der Vorsitzende Kollege Müller den Jahresbericht; der Kassierbericht wurde vom Kollegen Fischer erstattet. Aus den Berichten ist zu entnehmen, daß die Zahlstelle sich im verfloffenen Jahre gut entwickelt hat. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1925 28 männliche und 137 weibliche, zusammen 165 Mitglieder. Am 31. Dezember 1925 waren es 32 männliche und 165 weibliche, zusammen 197. Der Vertrauensratkörper hat sich erfreulichere stabilere gezeigt als in den vergangenen Jahren. An Versammlungen fanden statt: 1 Generalversammlung, 6 Mitgliedserversammlungen, 18 Betriebsversammlungen, 7 Versammlungen der Buchdrucker von Werner u. Metz sowie 21 Sitzungen des Vorstandes und der Vertrauensleute. Die Jahreseinnahme der Zentralkasse betrug 4694 Mk. In die Hauptkasse konnten 3276 Mk. abgeführt werden. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 1759 Mk., denen eine Ausgabe von 1549 Mk. gegenübersteht. Die Zusammenarbeit mit den übrigen Vereinen war ersprießlich und trug viel zur Vertiefung des gewerkschaftlichen Gedankens bei unserer Kollegenschaft bei. Als ein noch fühlbarer Mangel an gewerkschaftlichem Pflichtgefühl muß bescheinigt werden, wenn noch viele Mitglieder, die zeitweise vom Beruf abgehen, ihre Mitgliedschaft nicht aufrechterhalten und später wieder neu aufgenommen werden müssen. Die Statistik ergibt, daß 94 Proz. aller Berufskollegen und -kolleginnen organisiert sind. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Mitgliedschaft mit der Tätigkeit des Vorstandes voll zufrieden ist. Nur bei den Angelernten ist eine einzige Ausnahme zu verzeichnen, die dem Verband feindselig gegenübersteht. Diese Kollegin sucht ihre Außenparteistellung mit Verdächtigungen gegen den Vorsitzenden zu bemängeln. Es wurde der Antrag gestellt, ihr Gelegenheit zu geben, vor Gericht ihre Verleumdung zu widerlegen. Beim zweiten Punkt „Vorstandswahl“ kam zum Ausdruck, daß es nicht von Vorteil sei, in der jetzigen bewegten Zeit eine Veränderung im Verwaltungskörper vorzunehmen. Daraufhin wurden sämtliche Mitglieder des Vorstandes und des Vertrauensratkörpers einstimmig wiedergewählt. Dann gab Kollege Müller ausführlichen Bericht von dem Gang der Tarifkündigung von dem Reichsarbeitsministerium. Wenn die Wächter der Untertugenden aus der Provinz, die Arbeiterschaft tariflos zu machen, diesmal nicht gelungen sei, so darf die Kollegenschaft sich nicht einfallen lassen. Man muß auf neue Angriffe gefaßt sein. Die Ansicht dieser Leute, daß der Hilfsarbeitertarif in dieser Fassung untragbar für sie sei, muß energig zurückgewiesen werden. Aber die kleinen Betriebe in und um Mainz aufmerksam verfolgt, muß festgestellt, daß alle, trotz Hilfsarbeitertarif, in Aufwärtsentwicklung begriffen sind. Im Steinbrud ist es uns gelungen, das Lohnabkommen auf unbestimmte Zeit zu verlängern mit gegenseitiger Kündigungsfrist von 14 Tagen. Wenn die Kollegenschaft sich ihrer Pflicht so bewußt ist wie in den letzten Wochen, so werden wir Sieger bleiben trotz allem.

Glossen.

Zur Zeit der Ludditen-Aufstände entstanden viele Schmähschriften auf die Fabrikanten. Was taten die Reichen? Sie taufte die Profihiren auf. Aber nicht etwa, wie ihr wohl meint, um sie einzukampfen. O nein, sie taufte sie, um sie mit Profit weiterzuverkaufen. (Aus englischen Arbeiterkreisen, um 1820 entstanden.)

„Weißt du, warum die reichen Leute Armmen aus dem Volke nehmen?“

„Um ihre Frauen zu schonen!“

„Nein, sie tun es, damit die Kinder der Reichen belgeln können, den Armen das Blut auszusaugen!“

(Stänisch, um 1830.)

Rundschau.

Der am wenigsten beachtete Vertrag ist der Arbeitsvertrag. Ein Arbeiter fragt an, ob er Arbeit bekommen kann, der Betriebsführer oder Meister sagt „Ja“ — und der Arbeitsvertrag ist abgeschlossen. Jeder wissen Tausende von Arbeitern noch nicht, daß sie mit dieser Verpflichtung zur Arbeitsannahme zahlreiche andere Bindungen eingehen. Die Arbeitsordnung wird eingehändigt, der Empfang bescheinigt. Jedoch, wer liest die Vorschriften der Arbeitsordnung richtig durch, obwohl sie sehr wichtig sind? Es besteht für das betreffende Gewerbe eine Lohnordnung und ein Tarifvertrag. Mit dem Aufschluß des Arbeitsvertrages übernehmen Arbeiter und Unternehmer die Verpflichtungen dieser Verträge. Der Lohnvertrag ist den Arbeitern in der Regel bekannt, wie sieht es aber mit dem Rahmenvertrag aus? Nebenher kauft noch ein besonderes Abkommen über die Arbeitszeit. Welcher Arbeiter kennt hier alle Bestimmungen, die ihn betreffen, und weiß sie zu seinem Vorteil auszunutzen?

Neben all diesen Fragen schweben ferner eine Reihe von gesetzlichen Bestimmungen. Die „Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918“, besteht noch zum Teil. Seit dem 21. Dezember 1923 haben wir ferner noch eine „Verordnung über die Arbeitszeit“. Besonderes Interesse für den Arbeiter muß schließlich auch die „Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923“ mit ihren zahlreichen Ausführungsbestimmungen haben. Die gleiche Bedeutung haben nicht zuletzt auch die Bestimmungen des „Betriebsratsgesetzes“, der „Gewerbeordnung“ und das „Bürgerliche Gesetzbuch.“

Alle diese Bestimmungen, Gesetze usw. stehen in irgendeiner Beziehung mit dem eingegangenen Arbeitsvertrag. Wir sehen also, wie außerordentlich vielfältig die Bestimmungen des scheinbar so einfachen „Arbeitsvertrages“ sind. Welcher Arbeiter oder Angestellte ist in der Lage, sich ohne Schaden durch die zahllosen Schlingen und Maschen hindurchzuwinden? Von Tausenden kaum einer. Wie würde es um die Arbeiter bestellt sein, wenn nicht die Gewerkschaften oder deren Beauftragte diese Bestimmungen und Gesetze überwachen und für deren Durchführung besorgt wären? Ganz davon zu schweigen, daß die Arbeitergesetzgebung erst von den Gewerkschaften erobert werden mußten. So wird der gewerkschaftliche Zusammenschluß an tausend Dingen, die in das tägliche Leben des Arbeiters tief eingreifen, jeden Tag als eine unbedingte Notwendigkeit handgreiflich vor Augen geführt. Warum in aller Welt gibt es noch Arbeiter oder Angestellte, die der Gewerkschaft noch nicht angehören?

Abrechnungen.

In der Woche vom 15. bis 20. März gingen bei der Hauptkasse 1100 Mk. als zweite Rate für das 1. Quartal aus Belegfeld ein.

Berlin, den 20. März 1926.

S. Lodaßl.

Die Exemplare des Reichstarifs für das 3. und 4. Quartal sind jetzt wieder in der Redaktion angekommen, da sich ein Neuordnen notwendig gemacht hat, 35 Pf. das Stück. Bestellungen müssen sofort beim Verbandsvorstand abgegeben werden.

Für die Woche vom 28. März bis 3. April ist die Beitragsmarke in das mit 13 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

STERBETAFEL

Wiederrum entzieht uns der Tod ein langjähriges, treues Mitglied. Nach kurzer Krankheit verstarb die Kollegin

Antonie Grahl

(Widwe & Greifsel)

Ein ehrendes Gedenden bewahrt ihr

Mitgliedschaft Dresden.

Am Sonntag, den 14. März 1926, verstarb plötzlich und unerwartet infolge Gehirnleiden unsere liebe Kollegin, die Buchdrucklerin, Frau

Auguste Schmoil

(geb. Vuh)

im jugendlichen Alter von 24 Jahren.

Als langjährige Vertrauensperson und Kassiererin im Betriebe der Firma Ged. Stollwerck wirkte die Verstorbene im Interesse der Kollegenschaft und der Organisation. Für die Arzenei als Gewerkschafterin und die Arbeit, die sie für die Gesamtorganschaft uneigennützig geleistet, jagen wir ihr an dieser Stelle herzlichsten Dank.

Ihr Schaffen und Streben wird in den Herzen der Kollegenschaft unvergessen bleiben.

Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Wilm. a. H.

Am 8. März verstarb nach kurzem Krankenlager unsere liebe Kollegin, die Anlegerin

Emma Groß

(i. Fa. Union)

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr

Die Zahlstelle Eintracht.

Nach mehrmaligen langen, schweren Leiden starb am 17. März unser lieber Kollege

Ender Ruddat

(Firma Brotsch, Hamb. Fremdenblatt*) im Alter von 67 Jahren.

Ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Mitgliedschaft Hamburg.

Verantwortlich für Redaktion: R. Schulz, Charlottenburg, Meer-schreiberstraße 16. Fernred.: Amt Berlin 1828. Verlag: S. Lodaßl, Charlottenburg. Druck: Bornsche-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Charlottenburg. Post-Sigler u. Co., Berlin SW. 6.